

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postfach  
Dresden 1598.  
Verleger:  
Riefa Nr. 22.

Postfach  
Riefa Nr. 22.  
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptamts Meißner Behördenbereichs bestimmte Blatt.

Nr. 128.

Freitag, 8. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Debit. Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Fußschlag, feste Tarife, Bemerklicher Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Ustägige Unterhaltungsbeilagen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Seckstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübemann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riefa.

## Die Frage des Weltlocarno. Ein Schlag gegen den Volksevidenz?

An Anlaß des amerikanischen Gefallenengedenktages hat der bekannte amerikanische Professor James Shotwell einen von ihm ausgearbeiteten Entwurf veröffentlicht, der sich für ein Weltlocarno einsetzt. In einem derartigen Abkommen sollten sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Frankreich, Italien, Japan und auch Deutschland einschließen. Der Entwurf enthält einen Schieds- und Sicherheitsvertrag zur Abwehr von Angriffskriegen. Wie zu erwarten war, hat der Vorschlag des amerikanischen Professors in der Weltpresse großen Widerhall gefunden und man will darin einen Versuch zur Verwirklichung des Weltfriedens sehen. Auffallenderweise wird jetzt gemeldet, daß die politischen Kreise Washingtons die Frage eines derartigen Abkommens ernstlich erwägen. Dagegen ist aber, daß im Rahmen eines derartigen Vertrages die schiedsrichterliche Behandlung innerer amerikanischer Probleme von Washington abgelehnt wird.

In den politischen Kreisen legt man sich jetzt die Frage vor, welchen Zweck der Abschluß eines Weltlocarno haben sollte, nachdem die europäische Locarnopolitik nicht den Zweck erreicht hat, den man sich nach der bekannten Konferenz von Locarno und den Abmachungen von Locarno zwischen Deutschland und den Westmächten und auch Polens versprochen hatte. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß hinter dem Entwurf des Professors Shotwell maßgebende Kreise der Regierungen von Washington, London und Paris stehen. Es ist nur darauf hinzuweisen, daß die amerikanischen Schiedsverträge mit Frankreich, England und Japan im nächsten Jahre ablaufen.

Der Gedanke eines Weltlocarno hat nun sicherlich gewisse Hintergründe. Verfolgt man jetzt die Londoner und Pariser Presse, so muß man feststellen, daß man dort eine derartige Abmachung zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich, England und Japan nur aus dem Grunde begrüßt, weil sie sich lediglich gegen den Volksevidenz richten soll, also vor allem gegen die Moskauer Regierung. Wie erst dieser Tage der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in einer Rede in Stuttgart betont hat, sei Deutschland dazu berufen, die Brücke zu bilden zwischen Rußland und dem übrigen Europa. Das heißt also, die deutsche Außenpolitik sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, die Kluft zwischen Sowjetrußland und den großen Mächten nicht zu vertiefen, sondern einem Ausgleich näher zu bringen. Für Deutschland ist also, wenn man den Hintergedanken eines Weltlocarno in Betracht zieht, der Beitritt zu einem Schieds- und Sicherheitsvertrag zwischen Amerika, England, Frankreich, Japan und Italien angelegenheitlich gleichfalls am Gegenstand einer Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem russischen Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, anlässlich seines Aufenthalts in der Reichshauptstadt gemacht werden wird. Für die deutsche Außenpolitik liegt naturgemäß keine Veranlassung vor, diese Frage anzuschneiden, jedoch wird Tschitscherin versuchen bei seiner Besprechung mit dem Reichsaußenminister den Gedanken eines Weltlocarno anzugreifen und die Haltung der deutschen Außenpolitik dazu zu hören. Nicht nur mit Tschitscherin wird Dr. Stresemann diesbezüglich erörtern, sondern auch mit Brand und Chamberlain. Es ist sicher, daß der französische und der britische Außenminister der Juntatagung des Völkerbundes beizubehalten werden, und aus welchem Grunde, ist unschwer zu erraten.

## Besuch Amerys in Paris.

11 Paris. Der englische Staatssekretär für Kolonien, Amerys, ist in Begleitung seiner beiden Unterstaatssekretäre und zahlreicher hoher Beamten des englischen Kolonialamtes sowie vieler Mitglieder der gegenwärtig in London tagenden Kolonialkonferenz gestern hier eingetroffen. Zu Ehren der Londoner Gäste gab die französische Kolonialgesellschaft ein Essen, an dem Ministerpräsident Poincaré, Außenminister Brand und der Kolonialminister Perrier, der englische Botschafter Lord Crewe sowie zahlreiche Parlamentarier und Kolonialpolitiker teilnahmen.

Poincaré sprach von dem fast ewigen Freundschaft, den die Kolonialtruppen Englands und Frankreichs auf französischem Boden im Kampfe für eine gemeinsame Sache mit ihrem Blut besiegelt hätten. Der Empfang, den England dem französischen Präsidenten Doumergue bereitet habe, hat, so erklärte Poincaré, bewiesen, daß niemals zwischen den beiden Nationen größerer gegenseitiges Vertrauen und wahrer Jureignung bestanden hat als heute. Dieses Einverständnis wird man morgen wie gestern auf kolonialen Gebieten wie auf allen anderen Gebieten zu nützen verstehen.

Staatssekretär Amerys betonte gleichfalls die Notwendigkeit und den Willen zu gemeinsamer Zusammenarbeit. Dieser Wunsch erstreckt sich, so sagte Amerys, auf die ganze Linie der vielfachen und engen Beziehungen zwischen Frankreich und England. Diese eng-französische Zusammenarbeit ist die natürliche und unausweichliche Folge der Geschichte und der Probleme, die beide Nationen in Zukunft erwarten.

## Vorstandssitzung der Deutschnationalen.

11 Berlin. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigte sich gestern mit der politischen Lage und den in der nächsten Sitzungsperiode zu erledigenden geschäftlichen Arbeiten des Reichstages und des preussischen Landtages, wobei sich Einkimmigkeit der Grundansichten der Mitglieder des Parteivorstandes ergab.

## Die Regierungsumbildung in Sachsen gescheitert. Rücktritt der bürgerlichen Minister.

### Die Verhandlungen der Parteien.

Am Donnerstagvormittag fanden im Dresdner Ständehaus zunächst die angeforderten Sitzungen der Fraktionen statt. Daraufhin trat eine interfraktionelle Sitzung zusammen, an die sich gegen 2 Uhr wieder fraktionsweise Besprechungen an die diese eine zweite interfraktionelle Sitzung anknüpfte. In letzterer wurde dann folgendes Ergebnis der Verhandlungen bekanntgegeben:

Da in den Verhandlungen der Fraktionen der Koalitionsparteien mit der Deutschnationalen Volkspartei die Forderungen der letzteren für die Umbildung der sächsischen Regierung über die Abmachungen vom 11. Jan. hinausgingen und eine Einigung nicht erzielt werden konnte, haben die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen Partei ihre Minister ersucht, ihre Ämter dem Ministerpräsidenten zur Verfügung zu stellen.

### Die Forderungen der Deutschnationalen.

Wie der den Deutschnationalen nahestehende Sächsische Zeitungsdienst berichtet, lauteten die Forderungen der Deutschnationalen: Abbau der Ministerien von sieben auf fünf; und davon das Ministerium des Innern an den Vertrauensmann der Deutschnationalen. Sei der Abbau nicht zu erreichen, sollten alle mehr Ministerien bleiben, so müsse die Partei zwei Ministerien verlangen, sei aber bereit, diese jederzeit in ein Ministerium zusammenzulassen.

Die Koalitionsparteien hielten zwei Ministerien unter sieben für die Deutschnationalen nicht für diskutierbar. Die Frage der Verringerung der Ministerien wollten sie verlagert haben, bis das von den Deutschnationalen geforderte Gutachten des Rechnungshofes über die Vereinfachung der Verwaltung vorliege. Der Standpunkt der deutschnationalen Vertreter ist nach unseren Informationen folgender:

Man müsse die Frage so ansehen, wie wenn am 11. Jan. dieses Jahres eine Regierungsbildung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Deutschnationalen stattgefunden hätte. Waren sieben Ministerien durch fünf Parteien zu besetzen, so konnte man nach dem Standpunkt des Wahlergebnisses nur zu dem Ergebnis kommen, daß jede Partei einen und die beiden stärksten Parteien zwei Sitze erhielten. Hätte man sich auf fünf Ministerien geeinigt, so hätte jede Partei mit Zustimmung der Deutschnationalen einen Minister bekommen, obwohl diese Partei dreimal härter ist als zum Beispiel die Demokraten oder die Christlichen. Jede andere Lösung bedeute eine verschärfte Bewertung der hinter den Abgeordneten stehenden Wähler. Würden sich die Deutschnationalen, wie man ihnen nahelegen versucht, damit begnügen haben, mit einem Minister für vorlieb zu nehmen, während eine schwächere Partei deren zwei behielt, so hätte sie dulden müssen, daß man ihren Wählern und Vertrauensmännern geringeren Wert und geringere Bedeutung zurechnete und nachsehen hätte. Wenn wir in Sachsen Ruhe und Ordnung haben wollen, so muß die Regierung nach dem obersten Gesichtspunkt der Gerechtigkeit geführt werden. Damit muß man aber bei der Regierungsbildung beginnen und jeder Partei den Einfluß einräumen, auf den sie als die Vertreterin ihrer Wähler im Lande Anspruch erheben muß.

## Der Reichsrat

nahm in seiner Donnerstagssitzung Kenntnis von der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Lohnstättigkeit und von Bestimmungen zur Durchführung der Wertermittlung und des Verfahrens bei der Erbschaftsteuer für solche Erwerbe, bei denen die Steuerpflicht im Kalenderjahr 1927 entsteht. Der Reichsrat erklärte sich weiter einverstanden mit Satzungsänderungen der Deutschen Grundkreditbank in Gotha, der Vereinsbank in Nürnberg und der Vereinsbank in München. Eine Verordnung über veterinärpolizeiliche Behandlung des auf dem Seeweg zur Einfuhr gelangenden Schlachttieres nebst Grundrissen für die Einrichtung und den Betrieb von See-Grenschlachthäusern für ausländisches Schlachttier wurde auf Antrag Bayerns an die Ausschüsse zur Überweisung. Ebenso ging an die zuständigen Ausschüsse der vom Reichskabinett vorgelegte Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat mit dem Ausführungsgebot.

## Wirth soll eine Rüge kriegen.

11 Berlin. Wie die B. Z. meldet, ist man im Zentrum, dessen Parteivorstand heute Freitag zusammentreten wird, über den rücksichtslosen Kampf, den Reichskanzler a. D. Dr. Wirth gegen die Regierung im Reich und damit auch gegen die offizielle Politik des Zentrums führt, zwar sehr ungeduldig, möchte aber keinesfalls diese Spannung sich so weit auswirken lassen, daß etwa dadurch eine Krenierung der Regierungskoalition in Preußen herbeigeführt werden würde. Die Parteileitung soll deshalb beabsichtigen, in der Vorstandssitzung mit einer politischen Rundgebung sich an die Öffentlichkeit zu wenden, in der die offizielle Parteipolitik in dem Sinne verteidigt werden soll, daß sie keinerlei Abweichen vom Programm und den Zielen des Zen-

trums bedeutet und daß deshalb die Vorwürfe Dr. Wirths nicht gerechtfertigt seien. Die Sonderstellung Wirths soll in der Rundgebung ausdrücklich bedauert und auch festgestellt werden, daß die Reden Dr. Wirths, insbesondere die Adnigsberger, nicht im Sinne der Zentrumspolitik liegen. Im übrigen will man noch einmal auf die wesentlichen Punkte hinweisen, die das Zentrum bei der letzten Regierungsbildung im Reich aufgestellt hat. Diese Rundgebung des Parteivorstandes wird von Dr. Marx als Parteivorstand unterzeichnet werden. Sie ist einmal als Rundgebung an die Wählerschaft, darüber hinaus aber als öffentliche Rüge für Dr. Wirth gedacht. Die endgültige Regelung des Wirth-Konfliktes soll dem Reichsausschuß der Zentrumspartei überlassen bleiben, über dessen Einberufung sich der Parteivorstand schlüssig zu machen hat.

## Länder und Befoldungsordnung.

11 Dresden. Die sächsische Regierung hat sich entschlossen, die Regierungen der übrigen Länder zu einer Konferenz nach Dresden einzuladen, auf der die künftige Regelung der Befoldungsordnung der Landesbeamten erörtert werden soll. Bekanntlich werden auch die Befoldungsordnungen der Länder neu geregelt werden müssen, wenn die jetzt im Reich geplante Neueinrichtung durchgeführt ist. Die Konferenz soll das einleitende Vorgehen der Länder in dieser Frage gewährleisten.

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, entspricht die Nachricht von einer angeblichen Konferenz der Länder zur Frage der Befoldungsregelung in Dresden nicht den Tatsachen. Es handelt sich hier vielmehr lediglich um eine bereits einige Zeit zurückliegende Anregung des Innenministeriums, Sachsen möge die Initiative in der Befoldungsfrage ergreifen und die zuständigen Befoldungsreferenten der Ministerien der einzelnen Länder zu einer Aussprache nach Dresden einladen.

## Ermöglichte Lebensmittelzölle bis 1930.

11 Berlin. Wie das BZ. meldet, sind die Verhandlungen zwischen den einzelnen, an sozialpolitischen Fragen interessierten Reichsministerien und den in Frage kommenden Interessentengruppen soweit gediehen, daß das Reichskabinett sich aller Voraussicht nach unmittelbar nach Wankten mit den Vorschlägen des Reichsernährungsministers befassen wird. Diese Vorschläge sollen im großen und ganzen auf eine Beibehaltung der bisherigen Zollverordnungen für Lebensmittel bis zum 31. Juli 1930 hinauslaufen. Es ist möglich, daß eine Erhöhung des Einfuhrzollens auf Kartoffeln in Vorschlag gebracht wird. Nachdem das Reichskabinett sich mit diesen Zollfragen beschäftigt haben wird, muß noch der Reichsrat Stellung nehmen, sobald diese Angelegenheit wohl kaum vor dem 1. Juli im Reichstag zur Sprache kommen wird. Die bisher gültige Regelung läuft am 31. Juli 1927 ab. An zuständiger Stelle war eine Bekräftigung der Nachricht über die Verlängerung des Zollprovisoriums bis 1930 bisher nicht zu erhalten.